

*Eng Vorstand / Koord skllm*

EUROPÄISCHE UNION

AGRARPOLITIK

## AgrarökonomInnen drängen auf ehrgeizige Agrarreform

Gemeinsame Erklärung im Internet: „Entscheidungsträger sind zu substantiellen Reformen nicht bereit“ - Betriebsprämie schrittweise abbauen - Alle Beihilfen eng an öffentliche Güter knüpfen - Armutsbekämpfung ist Aufgabe der Sozialpolitik - Oberstes Ziel: Sicherstellung der nachhaltigen Landnutzung - Marktverzerrungen so gering wie möglich halten - Welternährungssicherheit durch Freihandel - Höheren Eigenbeitrag der Mitgliedstaaten verlangt

BRÜSSEL. Europäische AgrarökonomInnen haben die Forderung nach einem schrittweisen Abbau der Betriebsprämie bekräftigt. Anlässlich der an Fahrt zunehmenden Diskussion über die Zukunft der EU-Agrarpolitik nach 2013 wurde im Internetblog „Reform the CAP - Harvest a better Europe!“ (Reformiert die Gemeinsame Agrarpolitik und erntet ein besseres Europa!) eine Erklärung unter dem Titel „Für eine ambitionierte Reform der gemeinsamen Agrarpolitik“ veröffentlicht, die bis Ende vergangener Woche mehr als 30 Hochschulprofessoren aus mehreren EU-Ländern unterzeichnet hatten. Aus Deutschland trugen sich unter anderem Prof. Ulrich Koester von der Universität Kiel, Prof. Stephan von Cramon-Taubadel und Prof. Stefan Tangermann von der Universität Göttingen, Prof. Dieter Kirschke von der Berliner Humboldt-Universität sowie Prof. Ernst-August Nuppenau von der Universität Gießen ein. Die Akademiker sind der Meinung, dass die Debatte derzeit nicht ehrgeizig genug geführt wird. „Bedauerlicherweise scheinen die agrarpolitischen Entscheidungsträger nicht bereit zu sein, die Chance auf substantielle Reformen wahrzunehmen“, heißt es. Alle Beihilfen müssten eng an die Bereitstellung öffentlicher Güter geknüpft werden, Pauschalzahlungen ohne diese Bindung - wie die Betriebsprämie - sollten über kurz oder lang der Vergangenheit angehören. Armut auf dem Land müsse über sozialpolitische Maßnahmen abgemildert werden, nicht über die Agrarpolitik. Die Erklärung nimmt Elemente eines Papiers von 2009

auf. Bereits damals hatten knapp zwei Dutzend Wissenschaftler die Direktzahlungen in Frage gestellt (AGRA-EUROPE 48/09, EU-NACHRICHTEN 9).

### Verzerrungen gering halten

Als wichtigste Ziele der künftigen EU-Politik sehen die Experten die Sicherstellung einer nachhaltigen Landnutzung einschließlich des Artenschutzes, Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels sowie eine verantwortungsbewusste Wasserwirtschaft. Erwartungsgemäß pochen sie auf eine noch stärkere Marktorientierung einschließlich der Abschaffung der Exporterstattungen. Gewährte Subventionen sollten Produktion und Preise so wenig wie möglich verzerren. Darüber hinaus wird an die internationale Verantwortung der EU erinnert: Die Gemeinschaft müsse die Welternährungssicherheit auf verschiedene Weise befördern, nämlich durch eine offene Handelspolitik, die Unterstützung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern, die Abmilderung des Klimawandels sowie durch die Erhaltung der eigenen Produktionskapazität. Mehr Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung halten die Professoren für Produktivitätssteigerungen wichtig und richtig. Schließlich befürworten sie das Subsidiaritätsprinzip: Nur wo ein klarer Mehrwert erkennbar sei, dürfe auf EU-Ebene reguliert werden. Dabei winken sie aber auch mit dem für viele Branchenvertreter roten Tuch der Renationalisierung: Es solle sorgfältig untersucht werden, in welchen Bereichen die Kofinanzierung durch die Mitgliedstaaten ausgeweitet werden könne. (www.reformthecap.eu) AgE